

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1912. Nr. 137.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Wangelpreis für Halle und Querfurt 2,00 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich einmal. Preis 11,00 Mk. für ein Jahr. Postgebühr 1,00 Mk. für ein Jahr. Druck- und Verlagsanstalt (Sonntagsblatt), Halle, Mittelstraße.

Zweite Ausgabe

Abonnementgebühren für die verlagshausbezogene Kolonialzeitung: Berlin, Postamt für Halle u. den Gaus 20 Mk., außerdem 30 Pf. Postkosten am Schluss des rechnerischen Zeitraums die Hälfte 100 Pf. Abonnementgebühren bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Finanzexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Telephon 157. Telefax: Dr. Weidner, Oberstraße in Halle a. S.

Donnerstag, 21. März 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Ausruf Nr. 6290. Preis und Postung von Halle a. S.

Die Lage in den Bergbaugebieten. In Deutschland.

Die Versammlung der Bergleute der sächsischen Grube Saalfeld, die gestern nachmittag in Gersdorf stattfand, hat beschlossen, im Aufstand zu verharren. Die Sicherheitsmänner des Arbeiterausschusses sollen heute verhaftet, mit der Gewerkschaftsverwaltung zu verhandeln.

Die Mehrzahl der Arbeiter des Gemeinschaftswerks in Oberkirch befindet sich noch im Aufstand. In den Häusern der Arbeitsschwilligen wurden in der Nacht mehrfach Durchsuchungen angehängt und sie selbst gefesselt beim Schichtwechsel mehrfach von Streikenden belästigt. Einige Mädel führer wurden von der Gendarmerie festgenommen.

Von 957 Bergleuten, die zur geistigen Frischheit einfahren sollten, erkrankten 298 und von 631 der Nachmittagschicht 157 Mann. Zahlreiche Streikende erklärten sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit, wenn ihnen genügende Sicherheit gegen Verhaftungen geboten wird. Für heute hat die Bergbehörde die Einfahrt auf 8 Uhr festgesetzt mit einer Schichtdauer bis 4 Uhr nachmittags, um Verhaftungen während der Dunkelheit zu vermeiden.

In England.

Eine Konferenz der über 8 Tag arbeitenden Bergleute in Yorkshire und Derbyshire hat dem Führer der Arbeiterpartei Ramsay MacDonald telegraphisch mitgeteilt, daß die Konferenz, die 10000 Bergleute vertritt, beschlossen habe, den Streik noch nicht zu beenden, wenn der Minimallohn nicht auch über 8 Tag arbeitenden Bergleuten bewilligt werden würde.

Der Bergarbeiterverband unterzog gestern früh den Gesetzentwurf betreffend den Mindestlohn der Bergarbeiter einer Prüfung. Es heißt allgemein, daß für die Wiederaufnahme der Arbeit kein unüberwindliches Hindernis mehr bestehe, wenn der Entwurf Gesetz wird. Die Deputierten der sächsischen Bergbauarbeiter sind telegraphisch verständigt worden, daß die Bergleute unter gewissen Bedingungen am Montag wieder einfahren wollen.

Nach einer späteren Meldung aus London hat die Konferenz des Bergarbeiterverbandes eine Resolution angenommen, in der jede Parlamentarische als unannehmbar bezeichnet wird, die nicht einen Mindestlohn von fünf Schilling täglich für erwachsene Arbeiter mit Ausnahme der Affordarbeiter, sowie von drei Schilling für Arbeiter über 14 Jahren vorsieht. Ferner wird verlangt, daß die Willkür für Häuser in jedem Distrikt enthalte und die Arbeiterpartei wird aufgefordert, die Forderung durch ein Amendement in die Bill einzufügen. Schließlich soll die weitere Beratung der Bill dem Gesetzgebungsamt überwiesen werden, der durch Mitglieder des Parlaments vertritt werden soll. Dieser Ausweg soll im Auftrag des Verbandes das Amendement ausarbeiten, durch das die Bill in Einklang mit den Beschlüssen des Verbandes gebracht werden soll. Die Konferenz wurde gestern am Freitag morgen vertagt.

Die Führer der Unionisten des englischen Unterhauses haben bekanntgegeben, daß sie die Ablehnung der Bill in Mindestlohn bill beantragen werden. Die Ministerien sind sehr besorgt über das Schicksal der Bill im Hinblick auf den Beschluß des Bergarbeiterverbandes. Die Opposition der Unionisten gegen die zweite Lesung wird indessen mehr als Demonstration aufgefaßt, als als Anzeichen der Absicht, das Gesetz zu Fall zu bringen. Man glaubt immer noch, daß die Bill durchgehen werde.

Die Kohlenhändler in Riga bedürftigen eine Erklärung, in der sie die Verantwortung für Erfüllung ihrer Lieferungsverträge wegen des Streiks in England ablehnen. Die Kohlenhändler sind beträchtlich gestiegen. Bei Redaktionsstichtag wird uns noch aus London gemeldet: Infolge des Kohlenstreiks sind die Lieferungen für die Vereinigten Staaten und Kanada, welche von dem Dampfer der American Line in Southampton übernommen werden sollten, am Mittwoch mit dem Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ befördert worden, der auch von Passagieren überfüllt war. — Die Post ist länglich. In Southampton sind Kaufleute von Geflechten beschäftigt. Da die Kohlenarbeiter in Großbritannien sich weigern, eine Kohlenladung für die sächsischen Gruben zu liefern, wurden freiwillige Arbeiter zu diesem Zweck angeheuert. — Es werden bereits, besonders im sächsischen Postreise, Vorbereitungen getroffen, die Arbeit am Montag, wenn die Mindestlohnbill angenommen ist, wieder aufzunehmen. Die Bergleute möchten gern zur Arbeit zurückkehren, da die Post sie drückt; sie wollen aber nicht eher anfangen, als die Bill angenommen ist.

In Oesterreich.

Der Streik im Buzger Kohlenrevier hat am Dienstag an Ausdehnung gewonnen, da auf weiteren Schächten partielle Ausfälle ausgedehnt sind. Die Gesamtzahl der Streikenden betrug 3802. — Eine später aus Leipzig, 20. März, einlaufende Meldung besagt: Die Auslandsbewegung hat sich heute nachmittag weiter ausgedehnt, insbesondere auf alle Schächte des Buzger Kohlenreviers. Der Wallbeuren fand ein Zusammenstoß zwischen 500 Ausländern, welche die Bergschichten zum Streik zwingen wollten, und Gendarmerie, die vor der Überzahl zu rücken mußte, später aber verdrängt eine Demonstrationssammlung von 2000 Streikenden zerstreute. Da der Ausbruch von dem empfindlichen Beschluß von Unabhängigen im Berg geschickt werden ist, beschloß gestern eine von Vertretern der sozialdemokratischen, deutsch-nationalen und unabhängigen Organisationen besetzte Versammlung, diesen Beschluß der Disziplin zu mißbilligen. Dieser Beschluß wurde durch Flugblätter unter den Bergarbeitern mit der Unterstützung verbreitet, die Beschlässe der Vertreterkonferenzen streng eingehalten.

In Frankreich.

Die Zahl der Ausländern im Kohlenbezirk Valenciennes hat sich um ein Drittel vermehrt, nur in Denain hat die Zahl der Arbeitenden zugenommen.

In Amerika.

Präsident Taft hat durch die Berufung des früheren Präsidenten der Gewerkschaft der Kohlenarbeiter in das Weiße Haus die Gefahr eines allgemeinen Kohlenarbeiterstreiks als vorliegend anerkannt. Taft erklärte, daß er nicht beabsichtigt, zu intervenieren, sondern daß er nur Fühlung behalten wolle. Auch mit Besitzern von Kohlenbergwerken hatte Taft eine Rücksprache.

Der italienisch-türkische Krieg.

Der nahe Frieden.

Der englische Botschafter in Konstantinopel hat dem türkischen Minister des Äußeren Sifim bei am Dienstag einen Besuch abgestattet. Der Besuch soll, wie „Tanin“ berichtet, begünstigt haben, die Fortschritt über die italienischen Vorschläge zu sondieren. Nach dem Besuche berieten die Minister des Äußeren, des Krieges und des Innern über die Erklärungen des englischen Botschafters. „Tanin“ findet den Schlussatz des italienischen Memorandum, in welchem Italien sich bereit erklärt, die Gegenstände zu prüfen, welche die Mächte machen würden, um das Freitige und die Ehre der Türkei zu wahren, bedeutungsvoll und befriedigend.

Die türkischen Blätter beschäftigen sich eingehend mit den russischen Truppenkonzentrationen. „Tanin“ weist die Behauptung zurück, die Türkei bedrohe aufgrund, und berichtet, die türkischen Truppenbestände würden keine Erhöhung erfahren.

Am Kriegsausbruch.

Wie vom 18. d. M. aus Derna gemeldet wird, näherten sich feindliche Abteilungen den italienischen Linien, wurden aber durch Artilleriefeuer unter Verlusten zurückgedrängt, während die Italiener keine Verluste hatten.

Die italienischen Luftschiffe kreuzten über den feindlichen Lager bei Suani und wanden und warfen gegen 30 Bomben herab, die mit feindlichen Gruben explodierten, trotzdem die Kräfte bei Annäherung der Luftschiffe nach allen Richtungen flüchteten. — In der Stadt finden sich immer mehr feindliche Kräfte ein, teilweise mit Waffen und Munition, vielfach mit ihrem Vieh.

Einen Sieg gelang es am Dienstag, über dem feindlichen Lager von Benghasi mit Erfolg einige Bomben herabzuwerfen. Er bestand sich 700 Meter Höhe und bildete das Ziel feindlichen Gewehrs- und Schrapnellschusses, ohne jedoch getroffen zu werden.

Bei Nebatonschlacht läuft folgende Meldung der „Agence Havas“ aus Cairo ein: Nachrichten aus guter Quelle, die direkt aus Tripolis kommen, stellen kategorisch in Abrede, daß die Türken in der Schlacht bei Benghasi eine große Niederlage erlitten hätten, und daß mehr als tausend Mann getötet seien. Der Kampf sei lediglich ein Gefecht gewesen, in dem die Türken und Araber 90 tote und Verwundete gehabt hätten.

Im englischen Unterhaus.

sagte in Erwiderung auf eine Anfrage Parlamentsuntersekretär Meland: Staatssekretär Grey hat keine Mitteilung von einem Abkommen zwischen der italienischen und russischen Regierung bezüglich der Weiterführung des türkisch-italienischen Krieges erhalten.

Deutsches Reich.

° Nachmals die Kriegengerichte. In Berliner amtlicher Stelle bezeichnet man, wie jetzt auch der „Post“ gegenüber bestätigt wird, alles, was in diesen Tagen über schwebende Kräfte in der Regierung gesagt wurde, als lächerliche und überflüssige Kombinationen der Zeitungen, die nur dazu gelangen ließen, die öffentliche Meinung unnötigerweise zu verwirren. Es sei nichts Wahres an all den unlauffähigen Gerüchten; allein schon die Tatsache, daß der Kaiser seine Reise am Freitag antritt, müsse von vornherein ausschließen, daß gegenwärtig an eine Veränderung in der Regierung gedacht worden sei. Wenn man trotzdem vom Rücktritt von Ribbentrop und des Reichsfanzlers und gar schon von deren Nachfolgern spreche, so habe das nur den Wert kurzweiliger Zeitvertreibs, mit dem niemand gebiet sei.

° Der Kaiser trifft am 23. März in Wien ein. Das Wiener Oberhofmeisteramt des Kaisers Franz Josef erhielt am Mittwoch

nachmittag die amtliche telegraphische Meldung aus Berlin, daß Kaiser Wilhelm am 23. März vormittags um 11 Uhr aus Berlin in Wien eintrifft, um Kaiser Franz Josef auf der Durchreise nach dem Süden zu besuchen.

° Zum Rücktritt Bermuths. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die „Nationalzeitung“ hat in ihrer Nummer vom Dienstag Mitteilungen gemacht, als ob der Rücktritt des Staatssekretärs Bermuth eine zeitigen dem Reichsfanzler und dem Zentrum abgemachte Sache gewesen ist. Herr Bermuth habe vor acht Tagen noch nicht gewußt, daß längt alles abgemacht gewesen sei. In der Redaktion der „Germania“ sei man über ihn nicht nach Schicksal besorgt informiert gewesen, als er selbst es war. Das Blatt spricht in diesem Zusammenhang von einer ungeheuerlichen Propaganda, in der sich die Politik des Reichsfanzlers gefalle. Alles, was hier gesagt wurde, ist eine dreiste Erfindung.

° Der neue Unterrichtssekretär im Reichsfanzleramt. Der „Mitteldeutsche Anzeiger“ meldet die Ernennung des vortragenden Rates im Reichsfanzleramt Geh. Oberregierungsrat Zahn zum Unterrichtssekretär des Reichsfanzleramtes.

° Der neue Bezirkspräsident in West. Der Kaiser hat an Stelle des in den Ruhestand getretenen Bezirkspräsidenten Grafen von Bepelin-Wilchhausen den Kreisdirektor von Straßburg-Land Freiherrn Karl von Gemmingen-Fornberg zum Bezirkspräsidenten in West ernannt.

° Der Verband sächsischer Brennereivereine setzte in Karlsruhe folgenden Beschluß:

„Das sächsische Brennereigewerbe bewahrt sich auf das entschiedene gegen die Aufhebung der Kontingenzentzung der Brennereigewerke, durch diese Maßnahme werden die unter der Kontingenz mit dem norddeutschen Gewerbe seiner um ihre Erhaltung ringenden sächsischen Brenner dem wirtschaftlichen Ruin entgegengeführt. Das sächsische Brennereigewerbe vertraut daher auf die Regierungen der sächsischen Reichsteile und auf die sächsischen Reichsstaatsabgeordneten aller Parteien, daß sie für den Fall der tatsächlichen Aufhebung der Brennereikontingenz zum Schutze des sächsischen Brennereigewerbes folgendes verlangen werden:

1. daß eine gesetzliche Bestimmung herbeigeführt wird, welche ähnlich dem Monopoldurchschnitt vom Jahre 1908 den Brennern der sächsischen Reichsteile eine Entschädigung gewährt.

2. daß die Berechnung des Kontingenz vom Jahre 1909 zurückgeleitet wird, weil durch die Reichsgesetzgebung das sächsische Gewerbe schweren Schaden leiden und durch den damit verbundenen Produktionsrückgang zu einem existenzbedrohlichen Stande gelangen würde und

3. daß die darauf bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen unter Weiterrecht gestellt werden.“

° Die englischen Spionagerälle auf der Insel Wight. Wie uns aus London gemeldet wird, wurden drei neue Verhaftungen während der Nacht zum 20. cr. in St. Helens auf der Insel Wight vorgenommen. Es wird angenommen, daß die Verhafteten ausländische Arbeiter sind. — Eine spätere Meldung aus London besagt: Bernhard Salbach alias Lelmsin, 45 Jahre alt, ein deutscher Unterthan, der sich selbst als Wochtschiffreisenden in Staffeln bezeichnet, wurde am Mittwoch vor die Behörden von Newport (Insel Wight) gebracht unter der Beschuldigung, er sei ein Spion und habe vorgelesen versucht, von der Küstenseite der Warden-Batterie bei Freshwater photographische Aufnahmen zu machen. Der Gefangene, der die Tat leugnet, wird am Sonnabend wieder vernommen werden. — Bei Redaktionsstichtag läuft noch folgendes Telegramm aus London ein: Der auf der Insel Wight verhaftete Deutsche Salbach war seit fünfzehn Jahren nicht mehr in Deutschland. Auch die drei Personen, die den Behörden vorgeführt worden sind, werden am Sonnabend einem neuen Verhör unterzogen werden. Es sind Samuel Sory, ein Engländer namens Grimshy, Karl Deng jun. aus Amsterdum und Karl Kraffall aus Magdeburg. Die Verhafteten bewohnten zwei Tage lang ein kleines Zelt in der Nähe des Forts bei St. Helens. Sie erklärten, daß sie, nachdem sie an einem Schneiderkursus in London teilgenommen hätten, sich jetzt in den Ferien befänden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 20. März 1912.

Am Ministeriell Kabinetminister v. Trott zu Solz, Präsident Hecker v. Erffa eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung des Kabinetgesetzes wurde dem Kapitel „Berkirgung“ fortgesetzt.

Herr Kapff (Vorherr. Sp.): Wir erwarten, daß die Prozesse gegen liberale Geistliche im Interesse des religiösen Lebens und der evangelischen Kirche eingeschränkt werden. Auch wir wollen, daß dem Volk die Religion erhalten bleibt, aber derartige Prozesse tragen nicht dazu bei, das religiöse Leben zu vertiefen. Große Beunruhigung hat in weiten evangelischen Kreisen die Anwendung des Freizugsengesetzes gegen Jungs hervorgerufen. Der Minister möge darauf hinwirken, daß solche Wämer der Kirche erhalten bleiben. Gegen Kraus ist man vorgegangen, obwohl in dem Prozeß gegen ihn anerkannt worden

ist, daß er als Seeliger Verdorzogenes geleitet hat. Der Oberbürgermeister etwas weniger nervös sein gegen den Reichstag.

Abg. Dr. Lange (Vorherr. Vpt.): Leider werden die orthodoxen Parteien gegenüber dem Liberalen immer noch hovevoll. Die Sozialverfassung ist veraltet. Wir verlangen vor allem ein freieres kirchliches Selbstrecht. Die Machtvollkommenheit des Ministeriums sollte gegenüber den beiden übermächtigen Instanzen des Oberkirchenrats und der General Synode gestärkt werden.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Die Vorrede, die Wünsche bezüglich der General Synode und des Oberkirchenrats geäußert haben, mögen sich an die zuständigen Stellen wenden, damit sich diese darüber schlichtig machen können. Die Kirchenbehörden sind selbständig gestellt, und die Staatsbehörden haben keinen Einfluß auf sie auszuüben. Ich muß es daher ablehnen, einen Druck auf die Entscheidungen des Oberkirchenrats auszuüben. Dadurch würde ich in die gesetzlich gewährte Selbstständigkeit der Kirche eingreifen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wir halten es für unmoralisch, daß die Kirchenverträge verlangt werden, die aus der Kirche ausgetreten sind. Das Volk hat längst die Fügung mit der Kirche verloren und ist erbittert, wenn es für eine verlorene Sache Steuere zahlen soll.

Abg. Hadenberg (Natl.): In der evangelischen Kirche ist man niemals zu Gerichte über den persönlichen Glauben des einzelnen. Nur die Diener der Kirche oder nicht seine schrankenlose Verehrtheit, denn durch eine solche würde der Organismus der Kirche zerstört werden. Dem Beschäftigten wird ein solches Maß von Freiheit gelassen, wie es im Interesse der christlichen Gemeinshaft möglich ist. Auf der anderen Seite aber wird die Kirche eine Bindung ausüben müssen, insofern, daß ihre Diener mit ihrem Gewissen für sich haften können. Das neue Kirchengesetz, monach das Disziplinerverfahren beseitigt wird, bedeutet einen großen Fortschritt. Ich muß daher die Angriffe gegen das Sprachkollegium als das Entgegensteigende zurückweisen. (Beifall.)

Abg. Windler (Konj.): Den Ausführungen des Ministers über das Verhältnis der Staatsbehörden zur Kirche stimmen wir zu. Dem Abg. Hadenberg sind wir dankbar für seine Ausführungen. Dagegen kostet es uns Überwindung, mit Herrn Kopf und seinen Kollegen über diese Dinge zu diskutieren.

Abg. Hammer (Konj.) wiederholt seine Wünsche über die unangenehme Härtenverhältnisse der Berliner Staatsbehörden. Unterstaatssekretär v. Chappuis sagte Prüfung dieser Angelegenheit zu.

Nach weiterer Debatte, in der eine Reihe von Einzelwünschen vorgetragen wurden, wurde das Kapitel bewilligt, ebenso nach kurzer Debatte das Kapitel „Evangelische Konfessionen“.

Beim Kapitel „Provinzialfiskallogen“ befaßten die Abg. Dr. Hingmann (Natl.) und Siebert (Konj.), daß der Erlaß des Ministers betr. Entlassung der Lehrer von Schreibe bei den Provinzialfiskallogen nicht zur Durchführung gelangt ist.

Abg. Gieshoff (Vorherr. Vpt.) trat für Vorsehung der Schrift ein.

Abg. Hoff (Vorherr. Vpt.) wünschte, daß Präparandenanstalten und Seminare zu schicklichen Anstalten zusammengefasst werden.

Beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen“ führte **Abg. Dr. Jeroßoff (Konj.)** aus: Die Überfüllung der Klassen muß beseitigt werden. Die Disziplin, deren Verrückung immer eine ungleichmäßige sein wird, haben Jüdischkeit unter den Lehrern nicht herbeigeführt. Daher sind sie auch nicht geeignet, die Handlung der Lehrer zu befechtigen. Die Seminarlehrer für Lehrer an der Universität Münster begrüßen wir. Im allgemeinen erkennen wir die gefundene Entlohnung unserer Lehrkräfte an.

Abg. Dr. Heß (Centr.): Das sozialdemokratische Schulprogramm, nach welchem Klassen von etwa 10 Schülern gebildet werden, ist finanziell völlig unüberführbar. Wollen Sie das Geld hierfür aus den Wollen nehmen? (Abg. Hoffmann: Aus dem Kirchenvermögen! Weiterkeit.) Ebenso unannehmbar ist das sozialdemokratische Programm in ideeller Hinsicht, daß nämlich die Religion aus der Schule beseitigt werden soll. Gegenüber diesen religiösen Mißständen müssen die auf religiösem Boden Stehenden von Grauen erfaßt werden. Leider ist es die maßgebende Presse des deutschen Völkers, die den Boden für diese sozialdemokratische Forderung lockert.

Am 11. März wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluss 11 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 20. März 1912.

Am Bundesratsfähige Staatssekretär Dr. Delbrück und der Präsident des Reichs-Gesundheitsamts Dr. Vumm.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Die zweite Beratung des Etats des Gesundheitsamts des Reichs wurde bei dem Kapitel „Gesundheitsamt“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Wurdhardt (Christl. Vgt.): Was einem jüdischen Mediziner passiert ist, wiederholt sich aus einem christlich-nationalen Kandidaten bei einem liberal verwalteten Krankenhaus. Ich danke dem Staatssekretär für seine Erklärung dazu. Eine stärkere Weisung sollte ilt wünschenswert, wenn auch anerkennen ist, daß das neue Ministerium erhebliche Vorteile gebracht hat. Wie steht es mit der Regelung des Apothekenwesens?

Staatssekretär Dr. Delbrück: Über die Änderung des Apothekenwesens, die durch Landesgesetz erfolgen muß, sprechen gegenwärtig die Vorberathungen, da zunächst bestimmte Vollmachten aufgrund der Gewerbeordnung nötig sind. Ich werde mich alsbald mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzen.

Abg. Dr. Graf v. Vojanowski-Beben (Witl): Die chloralhydrat führen ihre Entlagen, die an Mengen von Magnesium enthalten, in die Hülle; es kommt namentlich in Preussisch die Waage, Unruh, Saale und die Elbe bis Magdeburg. Das Entladen des Gesundheitsamts, das eine Verärgerung des Baffers bis auf 50 Grad zulässig ist, hat ernste Befürchtungen in der dortigen Bevölkerung wachgerufen; denn es heißt sehr, daß eine Dosis von 45 Grad auf die Dauer für die Gesundheit des Menschen und des Viehs nicht zuträglich ist. Die Drinnen werden vielfach aus den Hüllplätzen gepulst und die Tazache, daß das dortige Trinkwasser einen starken Chlorgehalt hat, führt zu den größten Bedenken. Bei der Industrie entzieht dadurch, daß dieses Wasser den Anlauf von Bleistellen in großen Maße herbeiführt, eine nicht zu unterschätzende Explosionsgefahr und Verletzungsgefahr. Die Tazache, daß die Stadt Magdeburg in einem Prozesse in dieser Angelegenheit schon ganz ungewöhnlich hohe Kosten aufgebracht hat, die für einen Privatmann unerschwinglich waren, zeigt, daß ein Eingreifen der Reichsregierung unbedingt notwendig ist. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Es ist uns dieser erhebliche Mißstand nicht entgangen, der nicht bloß für die Landwirtschaft und Industrie, sondern auch für die Gemeinden in Bezug auf die

Wasserreinigung der Menschen besteht. Reichsgesetzlich ist diesen Umständen schwer Herr zu werden. Eine endgültige Stellung vermag ich heute nicht zu nehmen; ich hoffe aber, daß durch eine Verknüpfung zwischen den Einzelheiten der Uebelstand beseitigt werden wird.

Abg. Wey (Soz.): Wo besteht das seit Jahren verpöbte Reichs-Gesundheitsamt? Die Reichs-Gesundheitsämter der neueren Zeit, in aus die Weisungsbefugnisse, machen dieses Gesetz dringender nötig. Wir verlangen weiter in unserer Resolution, daß in den gesundheitlich besonders gefährdeten gemäßigten Fabriken die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen bei Abklärung der Uebelstände gesetzlich festgelegt wird. Das trifft insbesondere für die Gistarbeiter und die Weisungsbefugnisse.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Behauptungen des Vorredners, unsere heimische Industrie leide nicht in Bezug auf den Arbeiterschutz, treffen nicht zu. Im Gegenteil, diese Betriebe haben in musterhafte Einrichtungen für den Arbeiterschutz, wie sie in keinem anderen Lande der Welt zu finden sind. Die Weisungsbefugnisse haben fortgesetzt Gesetze der eifrigsten Untersuchungen seitens der einzelnen Landesregierungen.

Abg. Gopp (Natl.): Der deutsche Bauer hat die Fleischversorgung des Volkes so gefördert, daß ^{10/20} des Bedarfs so aus eigener Landwirtschaft gedeckt wird. Deshalb ist es nötig, durch einen mächtigen Schutzwall und einen scharfen Grenzschutz dem Bauernstand weiter hierbei zu helfen.

Abg. Hildebrand (Vorherr. Vpt.): Den unteren Bevölkerungsschichten sollte man entgegenkommen, indem man das ausländische Viehfleisch zuläßt. Die dänische Produktion leidet dadurch keinen Schaden. Allerdings darf man das ausländische Viehfleisch nicht für Kontrolle nicht besser behandeln als das inländische. **Abg. Baumann (Soz.):** Im Weisungsbefugnisse durch die Einfuhr ausländischer Desinfektionsmittel, die im Inlande unter halber Plage liegen, große Mißstände. Eine scharfe Grenzkontrolle ist da geboten. Von unserer Resolution gegen den Passus zur rief, daß die Entbindung der Einfuhrzölle für Weine aufgehoben werde.

Geheimrat Jähr, vom Stein: Mit Weisungsbefugnisse kann ich feststellen, daß alle Rechner anerkennen haben, daß das Weingeist im ganzen sich bewährt hat. Hauptartikel Weisungsbefugnisse bestehen aus außerhalb des deutschen Weinbaugebietes, so auch in Berlin. Dem Wunsch, daß die Nahrungsmitteleinsparungsämter sich mit den Weisungsbefugnisse befassen müssen, ist im ganzen Deutschen Reiches entgegen zu werden. Der Vorwurf, daß die Grenzkontrolle unzulänglich sei, trifft allgemein nicht zu. Den ausländischen Weinschwarz zu lassen und von der Einfuhr auszuscheiden, ist recht schwierig, wenn er den Anforderungen unserer Gesetzgebung entspricht. Wo eine Fällung nachgewiesen ist, wird der Wein unter allen Umständen zurückgewiesen.

Präsident des Reichs-Gesundheitsamts Dr. Vumm: Niemand kann behaupten, das ausländische Viehfleisch werde strenger behandelt als das inländische. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Ein unbegrenztes Vertrauen zu den ausländischen Viehfleischproduzenten können wir nicht hegen. Die Weisungsbefugnisse des Reichs sind für eine Kontrolle nicht besser behandeln werden muß. Beim Viehfleisch und Weisungsbefugnisse eine Kontrolle von vornherein ausgeschlossen; man müßte sich auf ausländische Weisungsbefugnisse verlassen und das geht nicht. Son einer Unterernährung des deutschen Volkes wegen Mangels an Viehfleisch zu sprechen ist ein Unflug. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Amerika war früher die Viehfleischher Europas; jetzt hat die Einfuhr selbst nach England, wo sie noch möglich war, fast aufgehört. Auch als wir die Einfuhr von Frankreich zuließen, hörte die Einfuhr alsbald auf, weil der Export erlosch. Der Weisungsbefugnisse ist immer auf die inländische Produktion. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb darf man die inländischen Viehfleisch nicht kopieren lassen in ihrer Produktionsfähigkeit. Das beste und gesunde Viehfleisch wird immer dem deutschen Volke geliefert werden können, wenn wir die Tiere lebend und geschlachtet untersuchen können. Rechner rechtigste lobam eingehend das vom Reichs-Gesundheitsamt gegebene Gutachten über die Wasserzehrung der Saale, Unruh usw.

Abg. Dr. Bredt (Witl-Natl.): Dem deutschen Weinbau und dem vollen Weinhandel hat das Weingeist erhebliche Vorteile gebracht, darüber sind sich alle Beteiligten einig. Süßweine, wie sie als Kräfte im Kindesalter in den Handel gebracht werden, bedürfen dringend einer scharferen Kontrolle. Es sollte zugelassen werden, daß praktische, medizinische Jähr bei einem vielbeschränkten Maß zu abzuwehren; das würde den besten Kandidaten auch am spätesten in die praktische soziale Medizin einführen. Auch das beim Militär abgeleitete Viehfleisch halbe Jahr sollte auf das praktische Jähr angedreht werden. Die Behauptung, bei der deutschen Bevölkerung bestche eine Unterernährung, ist nur mindeten eine Übertreibung. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Soz.) Die Annoncen der Nagen Frauen und dergl. sind ein Krebsgeschwür, der auf schärfer bekämpft werden muß. Die Zeitungen sollten bezahlte Annoncen abweisen und das Reichs-Gesundheitsamt sollte hierfür polizeiliche Maßnahmen ergreifen. **Abg. Dr. v. Schlegel-Gesenberg (Vorherr. Vpt.):** Die Verhandlung des ausländischen Weines ist nicht ganz einmündig. Die Zungeprobe ist nicht unter allen Umständen die maßgebende Prüfung des Weines, denn auch die deutsche Zunge ist eine beschränkte Größe. (Große Beifall.) Die Zungeprobe ist nicht gleichbedeutend mit der Weisungsbefugnisseprobe. Helfen wir dem deutschen Völk, nicht nur als Gesetzgeber, sondern auch als Konsumenten. Erziehen wir unsere Zunge! (Sehr gut und Beifall.)

Präsident Dose machte darauf aufmerksam, daß noch acht Rechner zum Gesundheitsamt gemeldet sind und ersuchte möglicher Weise um Befragung.

Abg. Paulsen (Soz.): Das neue Weingeist wird nicht allen Weisungsbefugnisse gleichmäßig gerecht. (Wohl.)

Präsident Dose machte dem Rechner darauf aufmerksam, daß er nicht über wirtschaftliche Fragen, sondern nur über Fragen der Gesundheit reden dürfe. (Rechner fährt jedoch unbeeinträchtigt in seinen Ausführungen fort, wobei er mehrfach stehen bleibt und unter wachsender Unruhe und Heiterkeit im Hause in seinem Manuskript herumjagt.)

Abg. Paulsen-Gödem: Der gesunde Wein macht glücklich, fördert die Gangesleistung, Fröhlichkeit und Vaterlandsliebe (spanische Weisungsbefugnisse). Die Toposiphische Weinmengen hingegen verursacht Erregung. Die Rechner schau auf Weisungsbefugnisse, Überlandzentralen usw. zu sprechen kam, wurde er vom Präsidenten auf die Weisungsbefugnisse verwiesen.

Abg. Reube (Vorherr. Vpt.): Das ausländische Viehfleisch wird bei der Einfuhr nach Deutschland bei der Unterzählung doch benachteiligt. Bei der Zählung eingeführten dänischen Viehs mit Zuberzahn ist die deutsche Volksgesundheit erheblich bedroht worden.

Präsident des Reichs-Gesundheitsamts Vumm: Keine Vorwände, sondern überzeugende Darlegungen unserer Weisungsbefugnisse sind notwendig, um den Einfuhr zu verhindern. Die Einfuhr von Schinken und Speck ausgedreht werden. Durch die Zuberzahn-Amputation von dänischen Kindern, die tatsächlich

hatgefunden hat, ist keine Schädigung der Volksgesundheit zu konstatieren gewesen.

Abg. Richter (Centr.) behandelte (auf der Tribüne vollständig unerschrocken) ebenfalls die Weisungsbefugnisse. **Geheimrat Jähr, vom Stein** äußerte sich über die bevorstehende Revision des Nahrungsmittelegesetzes, blieb aber ebenfalls fast unerschrocken.

Abg. Dr. Mund (Vorherr. Vpt.) begrüßte eine Resolution seiner Partei auf Regelung der Arbeitsverhältnisse bei öffentlichen und privaten Krankenhäusern, Heilstätten und Gefängnissen sowie in der privaten Krankenpflege-beschäftigten Personen. **Ministerialdirektor Dr. Caspar:** Über die Arbeitsverhältnisse des Krankenpflegepersonals wird seit langer Zeit Verhandlungen angehängt. Das Material liegt jetzt fast vollständig vor und wird im Gesundheitsamt bearbeitet, um dann für eine reichsgesetzliche Regelung der Frage zu dienen.

Abg. Schmarz-Schneidfurt (Soz.): Das Gesundheitsamt müßte sich für das Krankenpflegepersonal einsetzen. Vor allen Dingen ist eine Regelung und Vereinheitlichung der Arbeitszeit notwendig.

Abg. Raden (Soz.) begrüßte eine Resolution seiner Partei auf Änderung der Gewerbeordnung dahin, daß die volle Arbeitsruhe an den Weisungsbefugnisse, Oster- und Pfingstfesttagen in den Metall-, Hütten- und Holzwerken gebietet werde. Diese Forderung ist durchaus durchführbar.

Abg. Krings (Soz.) fragte über die Stauungsbedingungen der Automobile und elektrischen Wagen als schädlich für die Volksgesundheit.

Abg. Zuffner (Soz.): Bei der Schädigung durch die Katabwässer muß die Frage der Fußgängerüberwege erwogen werden. Das Kapitel wurde bewilligt; die Resolutionen wurden angenommen.

Darauf vertagte das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr. Schluss gegen 7 Uhr.

Ausland.

Die spanisch-französischen Marokko-Verhandlungen.

Der spanische Ministerpräsident Canalejas erklärte, daß der Minister des Aeußeren Garcia Prieto gestern dem französischen Vizekonsul in Madrid Geoffroy eine Note überreichen wollte, von der er hoffte, daß sie als Grundlage zu einer Verständigung dienen werde.

Wie amtlich aus Melilla gemeldet wird, verloren die Kräfte in einem Schmarzell am Sterkflug etwa zehn Tote und fünf Verwundete.

Berührende Meldungen aus Petersburg.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur teilt mit: Die russische und die ausländische Presse haben letzten den Beschluß der russischen Regierung, eine Division des Detachements nach Berlin nach dem Kaufhaus zu senden, erörtert und dieser Maßnahme eine unzureichende Bedeutung beigegeben. Diese Auffassung ist unbegründet. Die im Prinzip bereits seit langem beschlossene Truppenentbindung verfolgt kein aggressives Ziel und erklärt sich aus der mangelhaften Organisation der russischen Truppen, die durch die häufige Entsendung von Detachements nach Berlin verursacht ist. Die Ankunft der neuen Division soll in der dortigen militärischen Verwaltung bestehenden Inzuchtigkeiten beseitigen und nach Bedürfnis die Bildung mobiler Detachements erleichtern.

Ein Komplott zur Ermordung des Staatssekretärs Knog.

Die „Königliche Zeitung“ meldet aus New-York: Meldungen aus Bluefield in Nicaragua belegen, die nicaraguanische Regierung habe ein Dynamit-Komplott entdeckt zur Ermordung des Staatssekretärs Knog. Eine Anzahl hervorragender Nicaraguaner wird hingerichtet werden.

Berlin. Die perische Regierung hat alle Punkte der russisch-englischen Note vom 18. Februar befriedigend beantwortet.

Die Luftschiffahrt.

Zum Ballonflug bei Straßburg. Die amtlichen Ermittlungen über die Ursachen des vorgegangenen Ballonunglücks haben ergeben, daß das Kabel an einem unglücklichen Punkte des Detachements nach Berlin gerissen ist. Wenige Minuten vor dem Ereignis hatte eine längere Messung des Zuges weniger als die Hälfte des zulässigen Höchstgewichtes ergeben. Der Führer des Ballons, Oberleutnant Bänder vom Infanterieregiment Nr. 10, ergriff, als sich der Ballon losgerissen hatte, die für eine Präzisions erforderlichsten Maßnahmen. Nachdem er sich auf dem Meter getrieben, öffnete der Führer das Ventil. Kurz darauf hörte er einen dumpfen Knall und sah Flammen aus dem Ventil herausströmen. Die Ballonhülle brannte jedoch nur in einem schmalen Ring um das Ventil. Da dieses sich nicht mehr halten konnte, fiel es ab und fiel auf den Boden. Das Fallen des Ballons folgte; aber der Ball wurde durch die fallstärkende Wirkung der Ballonhülle und der Schmanten gebremst. So die Entzündung durch die Verletzung des herabhängenden Kabels mit einer Hochspannungselektrode oder aber infolge atmosphärischer Entladungen entstanden ist, ist ungewiß, und es scheint fraglich, ob eine Auffassung in dieser Hinsicht überhaupt möglich sein wird. Für jede der beiden Annahmen sprechen Anzeichen. — Weiden verunglückten Offizieren wurde von zwei Zivilisten sowie von den in der Umgebung beschäftigten Einwohnern dankenswerter Weise die erste Hilfe zuteil. Oberleutnant Bänder befindet sich außer Gefahr. Der Zustand des Oberleutnants Forster vom Infanterieregiment Nr. 132 ist ernst.

Aus Uah und Fern.

Eine Tochter! Aus Brüssel wird uns gemeldet: Prinzessin Viktoria Napoleon, geborene Prinzessin Clementine von Belgien, ist am 20. März von einer Tochter entbunden worden.

Ein Stimmrechtsstreit mit sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Hauptstaatsanwältin Helen Pfaff, die am 8. d. Mts. das Hauptpostamt in London in Brand zu stecken versuchte, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei der Urteilsverkündung erklärte der Richter, wenn die Angeklagte nicht im Strafenbuss gelegen hätte, würde das Urteil strenger ausgefallen sein.

Seine deutsche Frau in Mexiko ermordet. Die vor einigen Tagen verbreitete Meldung, daß der mexikanische Amtsträger Zapala eine deutsche Frau in grausamer Weise getötet habe, hat auf amtlichen Ermittlungen Anlaß gegeben. Es ist festgestellt worden, daß Oberleutnant Forster von dem mexicanischen Vorgesetzten ermordet ist.

Main table containing various stock market listings, including sections for 'Börsennotierungen', 'Deutsche Hypoth.-Pland.', 'Bank-Aktien', and 'Wechselkurs'. Each section lists numerous securities with their respective prices and market status.